



HAMBURGISCHER RICHTERVEREIN

– DER VORSITZENDE –

Presseerklärung

Richterverein unterstützt Besoldungsprotest

Der Hamburgische Richterverein hat in der Vergangenheit immer wieder erwogen, seiner Forderung nach einer amtsangemessenen Besoldung mit einer Demonstration Nachdruck zu verleihen. Aus Rücksicht auf das Amt eines Richters und Staatsanwaltes haben wir davon bisher abgesehen. Die bisherige Entwicklung der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst lässt jedoch Schlimmes befürchten.

Der Vorsitzende des Hamburgischen Richtervereins Gerhard Schaberg:

"Es muss endlich für Richter und Staatsanwälte ein angemessenes Gehalt gezahlt werden. Wie im gesamten öffentlichen Dienst sind wir davon weit entfernt. Das Angebot der Tarifgemeinschaft der Länder in Höhe von 4,2 Prozent ab Juli 2009 zementiert die Abkoppelung von der allgemeinen Gehaltsentwicklung in Deutschland. 4,2% klingen gut, bedeuten aber für das gesamte Jahr 2009 lediglich 2,1% und angesichts der angestrebten Nullrunde für 2010 in beiden Jahren 1,05%. Das ist eine unverantwortliche Brüskierung aller Betroffenen. Richter und Staatsanwälte können nicht länger mit einer Schlussposition im deutschen und internationalen Einkommensvergleich abgespeist werden. Mit der Protestaktion erklären wir uns deshalb solidarisch. Wir unterstützen den Aufruf des Deutschen Beamtenbundes zur Großdemonstration am 25.02.2009 in Kiel."

Die Klagen von mehr als 360 Richtern und Staatsanwälten lassen sich nur durch Zahlung einer angemessenen Besoldung erledigen.

Unsere Position steht fest:

Positionspapier des Hamburgischen Richtervereins zur Gehaltsanpassung 2009

A. Entwicklung:

1. Zwischen 1992 und 2007 betrug die Inflationsrate 31,9 %. Die Erhöhung der Besoldung der Richter und Staatsanwälte stieg im selben Zeitraum lediglich um 22,45 %.
2. Die Besoldungserhöhung 2008 einschließlich der Einmalzahlungen ändert daran nichts wesentlich.
3. Die Besoldung ist um ca. 9,5 % hinter der Preisentwicklung zurückgeblieben.
4. Der Stundenlohn eines Berufsanfängers liegt unter Berücksichtigung der Krankenkassenbeiträge und einer unrealistisch niedrigen Wochenarbeitszeit von 42 Stunden pro Woche bei ca. 12,-- Euro netto.
5. Ein Vorsitzender Richter erhält am Ende seiner Dienstzeit ca. 20,-- Euro netto.

B. Folgen:

1. Junge Richter werden in Europa nur noch in Moldawien schlechter bezahlt.
2. Qualifizierter Nachwuchs bewirbt sich bundesweit signifikant weniger.
3. Wie in anderen Bundesländern haben nach langem Zögern auch Hamburger Richter und Staatsanwälte die Hansestadt verklagt, endlich eine angemessene Besoldung zu zahlen.

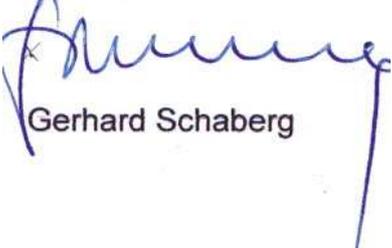
C. Forderungen:

1. Die Besoldung der Richter und Staatsanwälte muss unverzüglich wieder eine amtsangemessene Höhe erreichen.
2. Sonderopfer können nicht länger einseitig den Richtern und Staatsanwälten – neben den Beamten – abverlangt werden.
3. Es ist ein Konzept zu entwickeln, wie die Besoldung wieder eine amtsangemessene Höhe erreichen soll.
4. Als erster Schritt in diese Richtung fordert der Hamburgische Richterverein eine Gehaltsanhebung für 2009 um 7,5 %.

D. Der Bundespräsident am 19.01.2009:

„Die Justiz muss in Deutschland attraktiv bleiben für die besten Köpfe. ... Die Menschen, die diese Leistung erbringen, wollen begreiflicherweise auch materiell angemessen honoriert werden. Ich finde diesen Wunsch ... sehr verständlich.“

Hamburg, 23. Februar 2009


Gerhard Schaberg